



## Mitgliederzeitung April 2018

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ein fixer Betrag, jeden Monat vom Staat auf die Konten aller Bürgerinnen und Bürger überwiesen - ohne dass diese etwas dafür tun müssten: Das ist, vereinfacht gesagt, die Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens. Der Vorschlag ist kontrovers, denn er fragt nach unserem Menschenbild: Ist der Mensch von Natur aus faul oder fleißig? Wie sehr vertrauen wir unseren Mitmenschen wirklich? Was ist der eigentliche Sinn von Arbeit? Und woran misst sich der Wert von Arbeit? Diesen und anderen Fragen wollen wir diskutieren. Liebe Genossinnen und Genossen für dieses Jahr haben wir das übergreifende Thema Zukunft der Gesellschaft auf die Agenda gesetzt. Dieses große Thema besteht natürlich aus vielen einzelnen Themenblöcken, die wir miteinander verbinden möchten. Hier seien nur kurz erwähnt die Digitalisierung, das Thema Ökologie und Ökonomie. Aber auch die Zukunft unseres Sozialstaates und wie sieht die Arbeit der Zukunft aus? Diese Themen werden wir in den kommenden Monaten mit speziellen Referentinnen und Referenten diskutieren. Für das Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen“ konnten wir für die kommende Sitzung unseren Bürgerchaftsabgeordneten und Koordinator für Gewerkschaftsangelegenheiten, Wolfgang Rose (MdHB), gewinnen. Wolfgang spricht sich als Bürgerchaftsabgeordneter und Gewerkschafter deutlich gegen das bedingungslose Grundeinkommen aus. Einen entsprechenden Artikel findet ihr auf Seite 2. Für eure Vorbereitung haben einige Mitglieder des Distrikts ihre Sichtweise zu diesem Thema aufgeschrieben. Ich wünsche Euch viel Spaß beim lesen und hoffe auf eine inhaltsreiche und interessante Diskussion. Euch und euren Familien ein schönes und ruhiges Osterfest!

Mit solidarischen Grüßen

Andreas Ernst



Unsere Zeit steckt, wie kaum eine andere zuvor, voller Möglichkeiten - zum Guten und Bösen. Nichts kommt von selbst. Darum - besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, daß jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.  
-Willy Brandt-



**SPD**

## Distriktsversammlung SPD Bramfeld-Süd

**Datum: 10. April 2018**

**Thema:**

**Bedingungsloses Grundeinkommen  
Referent: Wolfgang Rose, MdHB**

**Ort: BSV-Treff, Ellernreihe 88  
22179 Hamburg**

**Uhrzeit: 19:30 Uhr**



## Termine:

### Stadtteilkonferenz Bramfeld

**Datum: 9. April 2018**

**Uhrzeit : 19:00 Uhr**

**Ort: BraKula**



### Kreisdelegiertenversammlung SPD-Wandsbek

**Datum: 21. April 2018**

**Wahlen zum Kreisvorstand**

**Einladung an die Delegierten erfolgt gesondert!**

### Distriktsversammlung Bramfeld-Süd

**Thema: Umweltschutz und Arbeitsplätze**

**Datum: 8. Mai 2018**

**Uhrzeit: 19:30 Uhr**

**Ort: BSV -Treff**

## Impressum (V.i.S.d.P):

SPD Bramfeld-Süd  
C/o Andreas Ernst  
Seekamp 18  
22177 Hamburg

Kontakt und Information:  
SPD Bramfeld-Süd  
[www.spd-bramfeld.de](http://www.spd-bramfeld.de)

E-Mail:  
[sued@spd-bramfeld.de](mailto:sued@spd-bramfeld.de)





## Thema des Monats: **Bedingungsloses Grundeinkommen**



**Referent:  
Wolfgang Rose**

**Abgeordneter der Hambur-  
gischen Bürgerschaft**

**Koordinator für Gewerk-  
schaftsangelegenheiten in  
der SPD Fraktion**

### Bedingungsloses Grundeinkommen – eine Illusion

**Von: Wolfgang Rose**

1000 Euro monatlich für jeden – und das auch ohne Arbeit? Diese Forderung ist weder realistisch noch sozial gerecht. Schafft das bedingungslose Grundeinkommen das Paradies auf Erden? Die alte Idee aus dem linksalternativen Milieu wird heute auch von Siemens-Chef JoeKaeser, dem Drogeriekönig Götz Werner und dem Mainstream-Ökonomen Thomas Straubhaar gefordert. Im Abendblatt-Interview schwärmte er, "wunderbar, wenn wir statt 40 nur noch 20 Stunden in der Woche arbeiten müssten". Dem Magazin "Capital" sagte Straubhaar: "Das Grundeinkommen ersetzt den heutigen Sozialstaat im Prinzip vollständig. Gesetzliche Altersabsicherung, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung werden abgeschafft. Wer etwas haben möchte über das Grundeinkommen hinaus, muss sich selbst privat versichern." Für Straubhaar ist das bedingungslose Grundeinkommen "Radikal gerecht", so sein Buchtitel. In Wirklichkeit ist es eine Illusion und Mogelpackung. Auch wenn es funktionieren würde, stellen sich Fragen: Wie solidarisch ist eine Gesellschaft, in der das Volkseinkommen von allen Erwerbstätigen erwirtschaftet wird, aber jeder persönlich entscheiden darf, nicht dazu beizutragen, obwohl er es könnte? Wie soll der Zusammenhalt funktionieren in einem Gemeinwesen, in dem die einen davon leben, was die anderen erarbeiten? Wofür brauchen Wohlhabende, ja Millionäre, monatlich 1000 Euro vom Staat? Ist das sozial gerecht? Neben diesen Fragen nach der gesellschaftlichen Solidarität hält das bedingungslose Grundeinkommen auch einer ökonomischen und sozialen Analyse nicht stand. Sozialstaat und Sozialversicherung kosten etwa eine Billion Euro – die gleiche Summe wird zugleich für ein bedingungsloses Grundeinkommen von 1000 Euro für alle benötigt. Beides geht also nicht. 1000 Euro monatlich für alle, vom Baby bis zum Greis, ohne Erwerbsarbeit – dafür keine Rente, kein Arbeitslosengeld, keine Pflegepauschalen usw.?

Das Grundeinkommen sichert gerade ein Leben knapp an der Armutsgrenze, und das nur, solange man fit und gesund ist. Wieviele Menschen zusätzlich zum Grundeinkommen arbeiten würden, ist schwereinzuschätzen. Arbeit ist ja nicht nur Einkommenserwerb, sondern auch Teilhabe und Selbstverwirklichung, und zwar umso mehr, je besser Arbeitsbedingungen, Mit- und Selbstbestimmung sowie gerechte Entlohnung sind – desto mehr die Arbeit also "gute Arbeit" ist. Für die Unternehmen wäre es ein riesiger Lohnkostenzuschuss, denn sie würden die Gehälter mit dem Argument, jeder hätte ja schon 1000 Euro, entsprechend kürzen. Die meisten Befürworter eines Grundeinkommens wollen die Menschen vor den Folgen der Digitalisierung schützen. Aber ist das wirklich realistisch? Selbstverständlich können technische Innovationen die Arbeitsproduktivität enorm steigern, so wie in vergangenen Jahrhunderten der Ochsenpflug, die Windmühle, die Dampfmaschine, die Elektrizität, das Fließband und seit 50 Jahren die Computertechnik. Arbeit ist heute zigfach produktiver als noch vor 100 Jahren. Trotzdem arbeiten heute in Deutschland mehr Menschen als je zuvor. In diversen neuen Branchen, aber vor allem im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen gibt es sehr viel nötige und sinnstiftende Arbeit in Erziehung, Bildung, Pflege, Gesundheit, Freizeit und Kultur. Im Übrigen zeigen Umfragen das Interesse an kürzerer Arbeitszeit, wie auch die aktuelle Forderung der IG Metall nach der 28-Stunden-Woche als Wahloption zeigt. Wenn jemand ein Einkommen ohne Arbeit bezieht, dann tut er das niemals "bedingungslos", sondern immer zu der Bedingung, dass andere arbeiten, und zwar für ihn mit. Tatsächlich werden ja schon heute viele Menschen ohne eigene Erwerbsarbeit versorgt: Kinder, Jugendliche, Kranke, Erwerbsgeminderte, Arbeitslose, Menschen in Eltern- oder Pflegezeit und Senioren. Das ist ein großer zivilisatorischer Fortschritt durch unseren Sozialstaat, und zwar auf der Basis einer ökonomischen Grundbedingung: Wer es kann, der trägt zu dieser Solidargemeinschaft bei, durch Arbeit, Steuern und Sozialabgaben. Und weil das so ist und gar nicht anders geht, erwächst daraus auch ein ganz grundlegender ethisch-moralischer Anspruch, den wir wechselseitig an uns stellen und der von den meisten Menschen selbstverständlich geteilt wird: Wer arbeiten und dadurch zur Solidargemeinschaft beitragen kann, der soll es auch tun.





## Das Bedingungslose Grundeinkommen - Drei Modelle

Die drei meistdiskutierten Modelle in der deutschen Debatte und was sie unterscheidet.

### **Solidarisches Bürgergeld**

Der frühere Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, Thomas Straubhaar, hat mit dem Solidarischen Bürgergeld eine starke Vereinfachung des Steuer- und Sozialleistungssystems im Sinn. Er vertritt die Grundannahme, dass die gesellschaftlichen Entwicklungen wie eine älter werdende Bevölkerung und weiterhin bestehende Massenarbeitslosigkeit das Sozialsystem überlasten. Die alternative Lösung sieht er in einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Gesellschaft. Konkret sollen Erwachsenen 600 Euro und Kindern 300 Euro bedingungslos und ohne bürokratische Kontrollen monatlich ausgezahlt werden. Ergänzend durch eine Gesundheitsgutschrift für die Krankenversicherung von 200 Euro. Der Betrag soll sich finanzieren durch die Erhebung einer Einkommenssteuer von 50 Prozent für Nettoempfänger und 25 Prozent für Nettozahler. Die Grenze zwischen beiden Gruppen kommt dadurch zustande, dass Steuern auf zusätzliches Einkommen direkt mit der Zahlung des Bürgergeldes verrechnet werden und sich an der Transfergrenze aufheben. Dieser Mechanismus wird auch "negative Einkommenssteuer" genannt. Das Modell sieht im Gegenzug eine Abschaffung sämtlicher Sozialleistungen vor wie die gesetzlichen Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung sowie Arbeitslosengeld II, Wohn- und Kindergeld. Bei besonderem Bedarf können individuelle Leistungen beantragt werden wie zum Beispiel Wohnkostenzuschläge. Zudem soll der Arbeitsmarkt vollständig dereguliert werden. So sollen etwa Kündigungsschutz und Flächentarifverträge individuell und betrieblich ausgehandelten Regelungen weichen, Mindestlöhne entfallen. Es ist ein wirtschaftspolitisch neoliberaler Ansatz, der auf die freien Kräfte des Marktes setzt. Er folgt der Vorstellung, dass sozialpolitische Eingriffe die privatwirtschaftliche Produktivität behindern und somit nicht nur den Arbeitgebern, sondern auch den Beschäftigten schaden. Die Mindestsicherung durch das Grundeinkommen ist in diesem Vorschlag der alleinige und finanziell dünne Boden, auf dem sich ein freies, selbstbestimmtes Leben ohne staatliche Bevormundung entfalten soll. Es soll zudem dazu dienen, das Sozialsystem von Kosten zu befreien, Eingriffe des Staates stark zu reduzieren und Büro-



kratie abzubauen.

### **Emanzipatorisches Grundeinkommen**

Aus dem politisch linken Spektrum wird dem neoliberalen Ansatz des „Bürgergeldes“ das „Emanzipatorische Grundeinkommen“ entgegengesetzt. Es steht hinsichtlich der sozialpolitischen Grundannahmen und Gerechtigkeitsvorstellungen dem Solidarischen Bürgergeld konträr gegenüber. Der deutlichste Unterschied liegt in der Höhe des vorgesehenen Betrags und in den umfangreichen zusätzlichen politischen Eingriffen. Die Höhe des Grundeinkommens ist an das Volkseinkommen, also an die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen eines Jahres, gebunden, das zur Hälfte als Grundeinkommen ausgezahlt werden soll. Im Jahr 2013 hätte das monatlich ausgezahlte Grundeinkommen 1080 Euro für Personen ab 16 Jahren und 540 Euro für Kinder betragen. Für die Finanzierung wird eine Grundeinkommensabgabe verwendet sowie weitreichende Steuererhöhungen bei hohen Einkommen und Vermögen, der Ersatz einiger bisheriger Sozialleistungen (z.B. Bafög, Kinder- und Erziehungsgeld) und Bürokratieabbau. Ebenso wie beim Solidarischen Bürgergeld liegen von den Befürwortern des Konzepts Berechnungen vor, die eine prinzipielle, theoretische Finanzierbarkeit zeigen. Anders als beim Solidarischen Bürgergeld werden Arbeitslosen-, Pflege-, Kranken- und Rentenversicherungen nicht ersatzlos gestrichen, sondern als solidarische Erwerbslosenversicherung und als solidarische gesetzliche BürgerInnenversicherung umgestaltet. Damit wird der Versicherungsgedanke des heutigen Sozialsystems beibehalten. Er soll im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter schützen vor zu starken Einbußen des Lebensstandards, indem in vorheriger Erwerbsarbeit erworbene Ansprüche ausgezahlt werden. Z.B. erhalten arbeitslos Gewordene 60 Prozent der letzten Nettobezüge. Zudem soll in diesem Modell präventive Sozialpolitik fortgesetzt werden, d.h. Investitionen in Bildung und soziale Infrastruktur werden als wichtig erachtet für eine gleichberechtigte Teilhabe an Demokratie und Kultur. Zusätzlich zum Grundeinkommen werden verbesserte Arbeitsbedingungen wie die Verkürzung der Arbeitszeit und ein höherer Mindestlohn gefor-



WAS WÜRDEST  
DU ARBEITEN,  
WENN FÜR DEIN  
EINKOMMEN  
GESORGT WÄRE?

dert. Auf dem Weg starker staatlicher Regulierungen soll gesellschaftliche Teilhabe unterstützt, eine freie Arbeits- und Lebensplanung gesichert und eine Umverteilung von Einkommen erreicht werden. Sozialer Ausgleich und eine Förderung der emanzipatorischen Effekte stehen hier im Zentrum.

## Grundeinkommen und Konsumsteuer

Der Steuerberater Benediktus Hardorp und der Begründer der DM-Drogeriemärkte Götz Werner befürworten das Grundeinkommen aus einer anderen Überlegung. Sie wollen das Steuersystem umgestalten: Nicht Einkommen sollen besteuert werden, sondern Ausgaben, nicht Leistungen wie Erwerbsarbeit und unternehmerische Tätigkeit, sondern der Verbrauch von Gütern, Ressourcen und Dienstleistungen, also der Konsum. Dadurch, so die Idee, wird Arbeit von Kosten befreit und Produktivität nicht mehr gelähmt. □ Wenn auf diese Weise die Konsumsteuer die Einkommenssteuern vollständig ersetzt, entsteht aber ein soziales und ethisches Problem: Bisher schützte der Freibetrag in der Einkommenssteuer das Existenzminimum. Ohne Einkommenssteuer würde dieser staatliche Schutz fehlen und dem Auftrag des Grundgesetzes widersprechen, die Menschenwürde zu sichern. Dafür soll das Grundeinkommen den Ausgleich schaffen: es soll vor Armut bewahren, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und wirklich freie Entscheidungen über Leben und Arbeit ermöglichen. Werner spricht von einem hohen Grundeinkommen, ohne ein genaues Modell vorzuschlagen. Die häufig genannten 1000 Euro sind als Beispiel zu verstehen. Die Sozialversicherungen können dadurch ersetzt, andere Sozialleistungen auf besondere Bedarfe reduziert werden. Auch die Erwerbseinkommen können durch ein Grundeinkommen sinken, indem es unter Umständen angerechnet würde, je nachdem wie Arbeitsangebot und -nachfrage und dadurch auch die Verhandlungsmacht verteilt sind. Sozialer Ausgleich und gezielte Umverteilung von Einkommen sind in den Überlegungen Werners nicht vorrangig. Unternehmer zahlen seiner Ansicht nach ohnehin keine Steuern, auch die Tarifautonomie ist nicht im eigentlichen Sinne eine soziale Partnerschaft. Denn Steuern, Sozialabgaben und Gehälter sind aus betriebswirtschaftlicher Perspektive Kosten, die in die Preise eingehen. Insofern bezahlen diese immer die Kunden. Deshalb sei es gerechter und für alle transparenter, wenn das Steuersystem diesem Tatbestand entspricht. Ein weiterer Anstoß für diesen Ansatz des Grundeinkommens ist die Analyse, dass Vollbeschäftigung unrealistisch ist und auch kein sinn

volles Ziel sein kann in einer hochgradig arbeitsteiligen, produktiven Gesellschaft. Alle Formen der Arbeit – ob bezahlt oder außerhalb des Marktes geleistet – fördern das soziale Zusammenleben und stiften Lebenssinn. Da alle Menschen eine Sehnsucht nach Sinn haben, zweifelt Werner auch nicht daran, dass ein Grundeinkommen funktionieren würde.

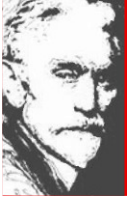
## Weshalb wir das bedingungslose Grundeinkommen diskutieren sollten

Von: Frank Karrenberg

Ein bedingungsloses Grundeinkommen kann eine Antwort auf eine sich radikal verändernde Welt sein. Es wäre eine Gesellschaft, die alle an ihrem Reichtum Teilhabe lässt. Im 21. Jahrhundert verändert sich der Kapitalismus, der historische Vorgabe für unser Sozialstaatsmodell ist, radikal. Zusammen ergeben Kapitalismus unter der Bedingung von Globalisierung und zunehmender Digitalisierung sowie der Sozialstaat unsere Wirtschaftsgesellschaft. Festzustellen ist eine fortschreitende, globale Ungleichheit und Armut (Vgl.: Thomas Piketty "Das Kapital im 21. Jahrhundert"). Auch die zunehmende Veränderung des Kapitalismus bietet gute Gründe, die Sozialpolitik als eine der zentralen Fragen der Gesellschaftsgestaltung im 21. Jahrhundert zu betrachten. Würde ein allgemeines und gleiches, garantiertes Grundeinkommen in einem solchen Zukunftsentwurf eine Antwort auf die sich verändernden Rahmenbedingungen sein?

## **Zukunft der Arbeit - Zukunft des Sozialstaats – Zukunft der Gesellschaft**

Welchen Gestaltungsprinzipien bedarf die Sozialpolitik unserer Gesellschaft zukünftig? Werden Strukturveränderungen, wie z. B. das garantierte bedingungslose Grundeinkommen, erforderlich. Dies würde die weitgehend erwerbsbezogene Logik unseres Sozialstaates verändern. Oder sollen die wirtschaftsliberalen Workfare-Agenden des neoliberalen Mainstream mit der Verschärfung der Kopplung von Erwerbsarbeit und Sozialeinkommen, die sogenannte Kommodifizierung, fortgeschrieben werden? Ist es politisch und ethisch geboten, die "arbeitende Mitte" der Gesellschaft hervorzuheben? Wer wäre die "nicht-arbeitende Mitte" oder gar ihr Rand? Eines muss klar sein, wenn wir in diesen Diskursen von "Arbeit" sprechen, meinen wir Erwerbsarbeit und in der Regel die abhängige Lohnarbeit. Es geht also auch um die Substanz des Kapitalismus. Die Idee des Grundeinkommens findet seit einigen Jahren in allen politischen Lagern Befürworter, wenngleich



ast überall als Minderheitenposition. Ein Grundeinkommen würde in die Arbeits- und Lebenswelt eingreifen. Grundsätzlich würde es bei uns tief sitzende Werteorientierungen zur Funktion der Arbeit in Frage stellen.

Was genau würde das bedeuten? Ein Grundeinkommen, so wie ich es verstehe, ist das Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen, das jedes Mitglied einer Gesellschaft unabhängig von Leistung und Herkunft bekommen würde. Ein Einkommen ohne Vorleistungen und ohne Bedarfsprüfung. Es stellt dann genau das Gegenteil zum vorherrschenden Leistungsprinzip des aktuellen Sozialsystems, das eine Grundsicherung von der Arbeitsbereitschaft abhängig macht und im Zweifel auf strenge bürokratische Kontrollen setzt dar. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wie ich es mir vorstellen könnte ist halte ich für gerecht, weil der gegenwärtige Wohlstand auf die Leistungen aller zurückgeht, zum einen der vorangegangenen Generationen, zum anderen auf Tätigkeiten in allen Bereichen auch außerhalb des Arbeitsmarktes. Daher haben alle das gleiche Recht auf einen Anteil daran. Und es ist sinnvoll, weil es die Freiheit und die soziale Sicherheit des Einzelnen stärkt und weil es die Anerkennung aller gesellschaftlichen Zweige schafft. Damit werden auch wichtige Tätigkeiten außerhalb des Arbeitsmarktes aufgewertet wie die Sorge für Familien oder für das Gemeinwesen, demokratische Teilhabe wird gefördert. Auch halte ich es für finanziell machbar, weil bei vorhandener Produktivität hinreichend Wohlstand erzeugt wird. Die Entkopplung von Arbeit und Einkommen würde dann genau der längst eingetretenen Entkopplung von menschlicher Arbeitsleistung und produzierten Werten entsprechen. Eine Gesellschaft mit Grundeinkommen wäre dann sicherlich eine andere Gesellschaft als die heutige. Es wäre eine Gesellschaft für Alle, gleichberechtigt mit den gleichen Chancen für alle. Die Institutionen dieser Gesellschaft richten sich an den Menschenrechten aus. Ein großer Teil des gesellschaftlichen Einkommens wird vor aller weiteren Verteilung über Arbeit oder Vermögen allen Bürgern als Grundrecht garantiert. Eine Grundeinkommensgesellschaft wäre dann eine Gesellschaft, die ihren Reichtum allen Mitgliedern zugänglich macht und die gleichen Chancen für Alle garantiert. Also letztendlich eine sozialdemokratisch gerechte Gesellschaft. Die technische Umsetzung, das Verhältnis eines Grundeinkommens zum Arbeitsmarkt und zu anderen Sozialleistungen wäre wohl nicht einfach, aber lösbar. Mit einem Grundeinkommen wird nicht Milch und Honig fließen. Aber Sicherheit. Das ist in einer sich weiter und schneller verändernden Welt viel.



Pläne im Falle eines bedingungslosen Grundeinkommens. An der Umfrage von YouGov im Auftrag von "Mein Grundeinkommen" nahmen 2033 Personen teil. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 18

### Das bedingungslose Grundeinkommen zerstört unseren Sozialstaat

Von: **Andreas Ernst**

Das Bedingungslose Grundeinkommen ist eine Utopie. Wer schon reich ist, braucht es nicht, für die Armen reicht es nicht. Es kann nicht wirklich gerecht sein. Mittels eines bedingungslosen Grundeinkommens das auch als "Bürger-" bzw. "Existenzgeld", als "Sozialdividende" oder als „negative Einkommensteuer" firmiert und Inländern ohne Bedürftigkeitsprüfung gezahlt werden soll, hoffen die Befürworter die Bedürftigkeit und die bürokratische Gängelung durch bestehende Institutionen unseres Sozialstaates überwinden zu können. Aus meiner Sicht überwiegen jedoch eindeutig die Nachteile. Es handelt sich bei einem bedingungslosen Grundeinkommen um eine alternative Leistungsart, die mit der Logik unseres bestehenden Wohlfahrtsstaates bricht und seine ganze Struktur zerstören würde. Die Logik und die Struktur unseres Sozialstaates basieren seit dem 19. Jahrhundert auf Sozialversicherungen, die Standardlebensrisiken, wie Krankheit, Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit kollektiv absichern. Vorausgesetzt die/der versicherte Arbeitnehmer/in und sein/e Arbeitgeber/in haben vorher entsprechende Beiträge gezahlt. Nur wenn dies nicht der Fall ist oder der Leistungsanspruch bei Arbeitslosigkeit erschöpft ist, muss man auf



steuerfinanzierte Leistungen, wie Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder Sozialhilfe zurückgreifen. Es wird argumentiert, dass das bedingungslose Grundeinkommen den Armen nützen soll. Allerdings ist nach dem Lebensmodell eines reichen Müßiggängers konstruiert und funktioniert nach dem Gießkannenprinzip. Auf ungleiche Einkommens- und Vermögensverhältnisse würde mit einer Geldzahlung in gleicher Höhe reagiert. Kann das sozialpolitisch sinnvoll sein? Außerdem stellt die Finanzierung des Grundeinkommens seine Befürworter vor ein Dilemma. In diesem Fall müssten riesige Finanzmassen bewegt werden, die das Volumen des heutigen Bundeshaushaltes von über 300 Mrd. Euro um ein Mehrfaches übersteigen, die öffentliche Armut dürfte sich vermehren. Außerdem würde sich unter Gerechtigkeitsaspekten die Frage stellen, warum selbst Milliardäre vom Staat monatlich ein garantiertes Einkommen erhalten sollten, während andere Personengruppen, Behinderte, Kinder etc. viel mehr als den für alle Bürger einheitlichen Geldbetrag viel nötiger hätten. Oder bekommen alternativ die wohlhabenden und reichen Bürger/innen das Grundeinkommen nicht bzw. bekommen es im Rahmen der Steuererhebung wieder abgezogen? Dann wäre es allerdings weder allgemein und bedingungslos. Auch würde die Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse nicht entfallen, müsste doch in jedem Einzelfall herausgefunden werden, ob die Anspruchsvoraussetzungen nicht durch anderweitige Einkünfte verwirkt sind. Hinsichtlich seiner Kontrollfunktion träte dann das Finanzamt also an die Stelle des Jobcenters. Wir sollten die soziale Sicherung nicht von der Erwerbsarbeit entkoppeln. Allenfalls können Teile der Bevölkerung leben, ohne zu arbeiten, aber nur so lange, wie das andere für sie tun und den erzeugten Reichtum mit ihnen teilen. Selbst wenn Erwerbslose durch ein Grundeinkommen materiell besser abgesichert wären, bliebe das Problem ihrer sozialen Ausgrenzung bestehen. Denn in einer Arbeitsgesellschaft hängen Lebenszufriedenheit, sozialer Status und Selbstwertgefühl an der Berufstätigkeit. Denn Arbeit bedeutet mehr als finanzielle Absicherung.

## BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN



### Das bedingungslose Grundeinkommen - visionär, aber nicht illusionär.

Von: Max Maybaum

Unsere Gesellschaft ist im ununterbrechbaren Wandel und sieht sich ständig mit neuen Aufgaben konfrontiert. Gleichzeitig scheint es oft, als würden der Politik die Antworten und die nötige Weitsicht fehlen, für das was kommt. Statt sich im Vorfeld Gedanken zu machen, fährt man lieber "auf Sicht". Wohin das führt konnte man beispielsweise in der Flüchtlingskrise sehr gut beobachten. Der politischen Spitze fehlt der Mut Themen anzupacken, die Jeden bewegen: Wie geht es weiter mit der Digitalisierung? Wie stabil ist der Arbeitsmarkt? Wie sicher ist die Rente von morgen? Fragen, auf die die Politik Antworten und Lösungen finden muss. Agieren, statt reagieren. Noch haben wir die Zeit zum ausführlichen Debattieren und zum Gestalten. Futuristische Ideen, die man ausgestalten könnte, gibt es bereits. Das bedingungslose Grundeinkommen zum Beispiel: Jeder Bürger bekommt 1000€ im Monat und muss dafür nicht mehr tun, als zu leben. Natürlich gibt es viele offene Fragen: Soll wirklich jeder von seiner Geburt bis zum Tod 1000€ im Monat geschenkt bekommen, auch Millionäre? Ist das sozial gerecht? Würde es nicht viele "Arbeitsverweigerer" geben? Würden die Arbeitgeber die Löhne kürzen? Aber statt solche Fragen einfach wie Gegenargumente im Raum stehen zu lassen, sollten wir uns ihnen annehmen. Die Sorge um die Löhne gab es bereits in der Mindestlohn-Debatte. Damals wurde z.B. von der FDP unter dem Namen Akkordeoneffekt propagiert, dass, wenn das unterste Glied der Kette mehr Geld bekommt, alle anderen Glieder auch mehr haben wollen. Jetzt geht es zwar um einen völlig anderen Sachverhalt, und die Sorge dreht sich um die Arbeitnehmer, im Endeffekt handelt es sich jedoch um die gleiche plakative Argumentation. Wem soll denn etwas weggenommen werden? Dem Beamten sicher nichts. Der Handwerker wird bezahlt, wie zuvor. Dem einfachen Lagerarbeiter kann man nicht viel wegnehmen, ohne unter den Mindestlohn zu fallen. Zudem werden Gewerkschaften und Betriebsräte das bedingungslose Grundeinkommen wohl kaum als Argument für weniger Lohn zulassen. Last but not least haben wir in Deutschland einen Fachkräftemangel, somit sind die Unternehmer gezwungen sich als attraktiver Arbeitgeber zu beweisen. Die Unterbezahlung von Fachkräften wäre ein Schuss ins eigene Knie. Wer in Deutschland vom Staat leben will, ohne dafür zu Arbeiten, kann dies auch heute schon. Mit dem bedingungslosen Grundein



kommen würde es vielleicht ein paar wenige „Sozial-schmarotzer“ mehr geben, es würden aber die Verwaltungskosten für den Staat wegfallen. Außerdem müssen Menschen, die tatsächlich auf finanzielle Unterstützung durch den Staat angewiesen sind, sich nicht mehr die Blöße geben, sämtliche Einkünfte und Ausgaben offen zu legen. "Aufstocker", wie Rentner, Geringverdiener, allein wohnende Auszubildende und viele mehr, wären echte Gewinner so eines Systems. Doch nicht nur ein kleiner Teil, die ganze Gesellschaft könnte profitieren. Insgesamt würde die Kaufkraft steigen, Eltern, vor allen Dingen Alleinerziehende, könnten es sich eher leisten, weniger zu arbeiten, um für ihr Kind da zu sein. Studierende bräuchten kein Bafög mehr und müssten weniger nebenbei arbeiten. Leute, die sich beruflich neu orientieren wollen, haben eine gewisse finanzielle Sicherheit. Familien können sich die hohen Stadt- Mieten besser leisten. Start-up Unternehmer, Ehrenamtliche und etliche Weitere hätten ein Stückchen mehr finanzielle Sicherheit und damit auch ein Stückchen mehr Freiheit. Wer weiß, vielleicht würde sogar der oft kritisierte Millionär die neu gewonnenen 1000€ für einen guten Zweck spenden. Na gut, das Grundeinkommen ist selbstverständlich kein Allheilmittel, aber es wirkt. Direkt und gut. Vor allen Dingen bei den Leuten, die wir wieder erreichen wollen und müssen.

## Aus der Bürgerschaft - Aus der Stadt



### Sauberkeitsoffensive für Hamburg bringt zusätzliche, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze

Im letzten Jahr hat Rot-Grün die Sauberkeitsoffensive für Hamburg auf den Weg gebracht. Um direkt zu Jahresbeginn starten zu können, hatte die Stadtreinigung bereits im Spätherbst 2017 begonnen die benötigten neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzustellen. Inzwischen sind alle 453 neuen Stellen besetzt, wie eine Schriftlich Kleine Anfrage von Abgeordneten der SPD und der Grünen ergab. Die Arbeit ist somit in vollem Gang und die Stadt wird

sichtbar sauberer. Bei der Besetzung der neuen Stellen wurde eng mit dem Jobcenter zusammengearbeitet. So war es möglich, auch Menschen, die aus der Arbeitslosigkeit kamen, eine Perspektive zu geben. 150 der neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezogen vorher Arbeitslosengeld II, 32 waren zuvor langzeitarbeitslos. Auch 20 Geflüchtete bekamen durch die Sauberkeitsoffensive einen regulären Arbeitsplatz. Alle Arbeitsplätze, die im Rahmen der Sauberkeitsoffensive neu geschaffen wurden, sind Vollzeitstellen. Ich finde, die Sauberkeitsoffensive ist nicht nur gut für die Stadt, viel wichtiger ist, dass sie positive Arbeitsmarkteffekte mit sich bringt. Gerade reguläre, tariflich bezahlte Vollzeitstellen für Geringqualifizierte konnten so mit Unterstützung der Stadtreinigung und des Jobcenter t.a.h. geschaffen werden. Dadurch bekommen viele Menschen, die es schwer haben auf dem Arbeitsmarkt, eine Chance auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

### Ausgaben der Stadt für Flüchtlinge sinken

Der Flüchtlingszuzug brachte der Hansestadt Zehntausende Neubürger. Nun kommen weniger Menschen – und die Ausgaben für den Steuerzahler sinken. Doch gleichzeitig steigen die Kosten für Integrationsmaßnahmen. Hamburg hat im Jahr 2017 rund 779 Mio. Euro für Flüchtlinge, Zuwanderer und Asylbewerber ausgegeben – und damit rund 120 Mio. Euro weniger als im Jahr davor (2016: 899 Mio. Euro). Das teilte der mit. Ein Teil dieser Ausgaben (etwa 147 Mio. Euro) wird vom Bund erstattet, sodass die auf Hamburg entfallenden Kosten bei rund 632 Mio. Euro liegen werden. Der Rückgang hat vor allem zwei Gründe: Es kommen weniger Migranten nach Hamburg als noch in den Jahren zuvor. Daraus folgt auch, dass weniger Menschen in den kostenintensiven Erstaufnahmen leben, in denen die Erstversorgung passiert. Die Zahl sank von mal 19.155 Flüchtlingen im Januar 2016 auf 4116 im Dezember 2017. Die Stadt kann immer mehr dieser Erstaufnahmen schließen und baut verstärkt Folgeunterkünfte, in denen sich die Flüchtlinge größtenteils selbst versorgen. Rund 50.000 Geflüchtete leben zurzeit in Hamburg, 33.000 davon in Erstaufnahmen und Unterkünften. Generell lässt sich sagen: Die Kosten für die Erstversorgung und die ersten Schritte im neuen Land sinken, die Ausgaben für Integration, Abschiebungen, Kitas und Schulen steigen.